



Alternativantrag

der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

zu „Taten statt Worte: Photovoltaikoffensive auf den Dächern der Landesgebäude“ (Drucksache 20/1377)

Klimaschutz in der Landesverwaltung voranbringen

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest, dass mit dem EWKG klare Klimaschutzziele für die Landesverwaltung gesetzlich verankert wurden.

Zur Erreichung dieser Ziele hat die Landesregierung bereits umfangreiche Maßnahmen auf den Weg gebracht. Dazu zählen u.a. Maßnahmen zur energetischen Sanierung von Landesliegenschaften, die auch den Einsatz erneuerbarer Energien umfasst, die Unterstützung der Landesbediensteten bei der Nutzung klimaverträglicher Mobilität, die nachhaltige Beschaffung, die Strategie zur Reduktion der Büroflächen oder die kürzlich beschlossene Green IT Strategie. Zur Absenkung der grauen Energie in Gebäuden verfährt die Landesregierung bei den eigenen Liegenschaften dort wo es sinnhaft und wirtschaftlich darstellbar ist, nach dem Prinzip „Sanierung vor Neubau“ und setzt auf recyclingfähige Baustoffe.

Mit den Programmen PROF135, IMPULS 2030 und dem Programm „Energetische Modernisierung in Landesliegenschaften“ (EMiL) wurden in den vergangenen Jahren erhebliche zusätzliche Mittel mobilisiert, um wichtige Energieeffizienzmaßnahmen in Landesliegenschaften auf den Weg zu bringen.

Die CO₂-freie Strom- und Wärmeversorgung von Landesliegenschaften bis 2040 ist gesetzliches Ziel. In diesem Zusammenhang begrüßt der Landtag, dass die

Landesregierung dem Ausbau von PV-Anlagen eine hohe Priorität einräumt. Dabei sollen alle geeigneten Dachflächen und soweit wirtschaftlich, sinnvoll und technisch möglich, auch gebäudenahen Freiflächen mit PV-Anlagen ausgestattet werden. Bei der Ausstattung mit PV wird möglichst eine Vollbelegung der Dächer angestrebt.

Der Landtag bittet die Landesregierung, die angekündigte Strategie zeitnah vorzulegen.

Begründung:

Für die Erreichung der Klimaziele sowie der Dekarbonisierung und Effizienzsteigerung der landeseigenen Gebäude, trägt auch die Landesregierung Verantwortung, der umfassend nachgekommen werden soll.

Während im Sinne des Kopplungsprinzip PV-Anlagen bei Neubauten und Sanierungsmaßnahmen bereits standardmäßig berücksichtigt werden, soll eine PV-Strategie auch darüber hinaus Potentiale, die sich aus allen Liegenschaften des Landes ergeben, erschließen und bei der Beschleunigung helfen.

Ole Plambeck
und Fraktion

Nelly Waldeck
und Fraktion